



# **1 Jahr Brandenburg-Koalition**

**18. November 2020**

## I. Einleitung

Seit Anfang März hat die weltweite **Corona-Pandemie** auch Brandenburg fest im Griff – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, in der Berichterstattung, in den Gesprächen unter Freunden, in den Familien, in den Betrieben. Das ist nur zu verständlich, denn wir alle – jeder und jede einzelne – sind davon in irgendeiner Form betroffen.

Das aber verstellt leicht den Blick auf all die anderen Themen und Aufgaben, denen sich die Landesregierung in diesem ersten Jahr der Brandenburg-Koalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gestellt und die sie angepackt hat. Denn auch in Zeiten von Einschränkungen und von Lockdowns gestaltet die Landesregierung das Leben in Brandenburg und ist für die Bürgerinnen und Bürger da.



Kienitz an der Oder am 29. Januar 2020: Gedenken des Kriegsendes vor 75 Jahren

Es war, dies sollte bei den Gesprächen über die uns alle beschäftigenden Aktualitäten nicht in Vergessenheit geraten, auch ein Jahr mit vielen Momenten des **Gedenkens und Erinnerns**: 30 Jahre friedliche Revolution und Fall der Mauer mit Erinnerung an die Opfer des DDR-Regimes, 75 Jahre Ende des 2. Weltkrieges mit der Befreiung Deutschlands nach dem mordenden nationalsozialistischen Terror und 30 Jahre Deutsche Einheit. Diese Erinnerungen werden wir wachhalten als Teil unserer Geschichte - zugleich im mahnenden wie auch erfreuenden Sinn.

Am 20. November 2019 nahm die neue Landesregierung ihre Arbeit auf. Es ging mit Elan los. **Tesla** gab bekannt, im märkischen Grünheide eine große Autofabrik bauen zu wollen. **BASF** in Schwarzheide stieg in die Batterie-Kathodenherstellung ein. Der Landtag beschloss auf Vorschlag der Regierung einen **1-Milliarden-Euro-Zukunftsfonds** für viele wichtige Investitionen in Brandenburg

Wir haben auf vielen Ebenen gekämpft, damit die Lausitz auch nach dem beschlossenen **Kohleausstieg** Industriestandort bleibt und hier die Technologien von morgen entwickelt werden. Es ist gelungen. Der **Strukturwandel** ist finanziell abgesichert. Das ist gut für die Lausitz und somit gut für ganz Brandenburg. Der Kohleausstieg wird mit weiteren Schritten zum Klimaschutz verbunden. Die Landesregierung arbeitet in Kooperation mit international renommierten brandenburgischen Unternehmen und unter Einbindung der Brandenburger Forschungs- und Wissenschaftslandschaft intensiv daran, dass die klimaneutrale Produktion vorankommt. Brandenburg ist führend bei der **Erneuerbaren Energie**. Unsere zentrale Forderung dazu ist, dass der hier gewonnene „grüne“ Strom auch im Land eingesetzt werden kann. Der Prozess zur Aufstellung eines brandenburgischen **Klimaplans** wurde gestartet.

Noch in der Endphase hat es viel Kraft und Arbeit gekostet, aber schließlich hat es geklappt: Der Flughafen **BER „Willy Brandt“** ging am 31. Oktober 2020 an den Start. Wir haben in Brandenburgs Krankenhäuser investiert, damit die Standorte erhalten bleiben: essentiell gerade in Zeiten der Pandemie bleibt somit die **Gesundheitsversorgung** auch im ländlichen Raum gesichert. Eine neue **Bauordnung** hat die Landesregierung beschlossen, die den Weg frei macht für schnelleres Bauen und mehr Innovation. Die **Wohnraumförderung** wurde erhöht und der ÖPNV weiter ausgebaut. Mit Berlin wurde und wird intensiv am „**Strategischen Gesamt-rahmen Hauptstadtregion**“ gearbeitet. Der Ausbau der Digitalisierung kommt voran – wobei das aus unserer Sicht noch zügiger gehen könnte. Mit Dr. Ines Härtel als Richterin am Bundesverfassungsgericht und Prof. Dr. Gesine Grande als Präsidentin der BTU Cottbus-Senftenberg konnten zwei herausragende Positionen mit ost-deutschen Frauen besetzt werden.

Das sind nur einige der Aufgaben, mit denen sich die neue Landesregierung in ihrem ersten Jahr befasst hat. Und dann kamen **Corona** und die **Afrikanische Schweinepest** dazu ....

... und das hat auch dazu geführt, dass neben dem Erreichten, das Brandenburg in der Zeit seiner **Bundesratspräsidentschaft** unter dem Motto „wir miteinander“ erfolgreich umgesetzt hat, manches vorerst noch nicht realisiert werden konnte – oder neu gedacht werden musste: So haben wir Brandenburgerinnen und Brandenburger aus der Corona-Not eine Einheits-Tugend gemacht und mit der **EinheitsEXPO** über 30 Tage die richtige Antwort zum **Tag der Deutschen Einheit** im 30. Jahr der Wiedervereinigung gefunden. Das war wichtig und hat auch dem Land gutgetan. Den Schwung wollen wir als Landesregierung mitnehmen auf dem weiteren Weg für Brandenburg.

Die deutliche Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger sieht das Land dabei auf gutem Kurs. Das Vertrauen in die Landespolitik ist gestiegen. Die Mehrheit bekennt sich zu einem toleranten und weltoffenen Land. Das hat uns der „**Brandenburg-Monitor 2020**“ berichtet, der Ende August vorgestellt wurde.

Auf diesem Weg wird uns Corona noch einige Zeit, aber hoffentlich immer geringer werdend, weiter begleiten. Aber wir gestalten Brandenburg trotz Pandemie und machen es fit für die Zeit danach. Unser Land hat trotz und in einigen Bereichen vielleicht sogar auch wegen Corona alle Chancen, zu den Gewinnerregionen dieses Jahrzehnts zu gehören. Wir wollen sprinten, sobald es wieder geht. Einiges dazu wurde in diesem Jahr angepackt. Davon wird hier berichtet.

Dietmar Woidke

Michael Stübgen

Ursula Nonnemacher

*Dietmar Woidke*

*Michael Stübgen*

*Ursula Nonnemacher*



*Die Pandemie macht es erforderlich: Pressekonferenz mit Maske  
(Michael Stübgen, Ursula Nonnemacher, Dietmar Woidke)*

## II Das erste Regierungsjahr: Brandenburg hält mit Zuversicht zusammen

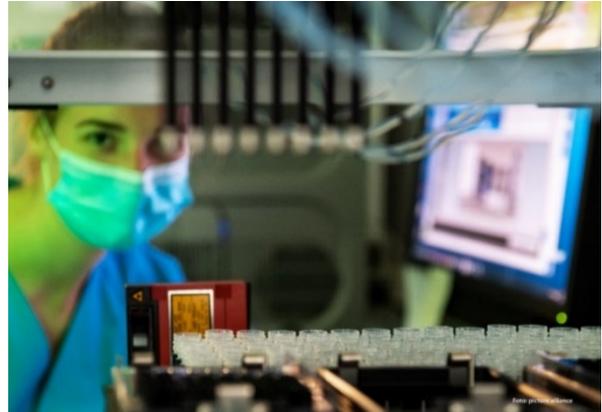
### II. 1 Das Jahr 2020: Geprägt von der COVID19-Pandemie

Gerade einmal eine Woche nach der 100-Tage-Bilanz der Landesregierung vom 25. Februar 2020 erreichten die Auswirkungen der **Corona-Pandemie** mit dem ersten Infektionsfall auch Brandenburg. Schnell und entschlossen hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um die Pandemie einzudämmen und somit die medizinische Versorgung für die Brandenburgerinnen und Brandenburger zu gewährleisten.

Der **Krisenstab des Landes** hat in enger Abstimmung mit den Kommunen, mit Gesundheits- und Sicherheitsbehörden auf die dynamische Lage und die zahlreichen Herausforderungen reagiert. Eine Info-website, eine Telefon-Hotline und ein digitales Bürgerpostfach wurden eingerichtet, auf denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung Auskunft geben.

Seit Ausbruch der Pandemie musste das **Kabinett** oft kurzfristig über die neue Lage beraten und schwierige Entscheidungen treffen, die mit Covid-19 in Zusammenhang stehen. In zahlreichen, zumeist auch live übertragenen, Pressekonferenzen wurde die breite Öffentlichkeit im Detail informiert. In mehreren Ausschüssen des Landtags wurde mehrfach über den aktuellen Stand informiert und diskutiert. Auch in mehreren Plenarsitzungen hat sich der Landtag intensiv mit der Pandemie und den Folgen für Brandenburg befasst.

Dem ersten und umfangreichen **Lockdown im Frühjahr** – beginnend ab der zweiten Märzhälfte mit ersten Lockerungen Mitte April - folgten etwas ruhigere Sommerwochen. Doch auch Brandenburg wurde von einer zweiten Welle getroffen. Beginnend mit dem 2. November 2020 musste in Abstimmung mit den anderen Ländern und der Bundesregierung ein Teil-Lockdown beschlossen werden, weil das allgemeine Infektionsgeschehen so stark angestiegen war, dass eine Unkontrollierbarkeit der Nachverfolgung und Überlastung des Gesundheitswesens drohten. Die so genannte 7-Tagesinzidenz stieg stark an (31. Oktober: 72,7 wohingegen in den Sommerwochen die Werte teilweise nur bei etwa 1 lagen).



Automatisierter Corona-PCR-Abstrichtest im Potsdamer Ernst-von-Bergmann-Klinikum

Die Pandemie belastet das **Gesundheitssystem** stark. Für Covid-19-Patientinnen und -Patienten müssen Kapazitäten freigehalten werden. Das betroffene klinische Personal – ob Ärzteschaft oder Pflegekräfte – ist physisch und psychisch stark belastet. Das gilt auch für die Beschäftigten in den Gesundheitsämtern. Ihnen allen gilt großer Dank. Und auch jenen, die unterstützend helfen, so den vielen Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Der Staat hat erhebliche Steuerausfälle. Wirtschaft und Kultur, das gesamte **soziale Leben sind durch die Pandemie eingeschränkt**. Viele Zusammenkünfte finden nur noch digital statt.

Zugleich gibt es eine **große und ideenreiche Solidarität** in der Gesellschaft. Musiker spielen vor Pflegeheimen auf, Studenten machen einen Bringservice für Ältere – und die Insassen von Brandenburger Justizvollzugsanstalten haben rund 90.000 Masken genäht, zum Beispiel für Studierende und Beschäftigte an Brandenburgs Hochschulen.

Die schweren ökonomischen, aber auch physischen und psychischen Belastungen, die die andauernden **Einschränkungen** für viele Menschen bedeuten, sind der Landesregierung bewusst. Jedoch ist dies der einzige Weg, um die physischen Kontakte so weit wie möglich zu verringern und das exponentielle Wachstum des Virus zu bremsen. Das ist der Schlüssel zum Erfolg, solange es keine

gesicherte Impfung gibt. Diese wird jedoch kommen, ohne jetzt schon ein genaues Datum nennen zu können. Um darauf jedoch vorbereitet zu sein, erarbeitet die Landesregierung eine umfassende Impfstrategie.

- Wichtig war und ist der Landesregierung stets, im Bereich der **frühkindlichen Bildung und Schule** die Einschränkungen auch im Interesse der Kinder, Familien und berufstätiger Eltern möglichst gering zu halten. Dies war im ersten Lockdown nur eingeschränkt möglich. Aber durch die Einrichtung der Kita-Notbetreuung, die Erstattung der Elternbeiträge und das zunehmende Angebot von digitalem Unterricht konnten einige Härten abgefedert werden. Und die Abschlussprüfungen konnten durchgeführt werden. Aus diesen Erfahrungen war klar, im Herbst alles daran zu setzen, Kitas und Schulen weiter offen zu halten.



- Wichtig war und ist, die Wirtschaft schnell zu stützen. Mit **Soforthilfeprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen** sowie für Freiberufler und das verbesserte Kurzarbeitergeld ist das gelungen. Die Einnahmeausfälle von Kultureinrichtungen wurden kompensiert und Kulturschaffende gezielt unterstützt. Das Land Brandenburg leistet einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der Konjunkturpakete des Bundes und setzt eigene Maßnahmen um, wie beispielsweise den Rettungsschirm für die stark belasteten Kommunen. Das gesamte landeseigene Unterstützungsprogramm umfasst 2 Mrd. Euro. Damit soll auch gewährleistet werden, dass es zu keinen Strukturbrüchen kommt, sondern mit dem Ende der Pandemie ein guter Neustart gelingen kann. Gezielte In-

vestitionen stärken dabei die Widerstandsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft.

- Für **land- und forstwirtschaftliche**, Gartenbau- und Fischereibetriebe zahlte das Landwirtschaftsministerium über eine eigene, die Bundeshilfen ergänzende Corona-Soforthilfe fast 6 Millionen Euro.
- Mit dem Soforthilfeprogramm für digitale Hochschullehre wurden 4 Mio. Euro bereitgestellt, um die Hochschulen bei der Corona-bedingten Umstellung auf **digitale Lehrformate** zu unterstützen.
- Die **Härtefallfonds der Studentenwerke** wurde um 500.000 Euro aufgestockt, um Studierende in coronabedingt finanzieller Notlage zu unterstützen, zum Beispiel aufgrund fehlender Studententjobs.
- Das Land hat eine **Hochschulpandemieverordnung** erlassen. Damit verlängern sich die Regelstudienzeit, die Prüfungsfristen und damit auch der Bafög-Bezug um ein Semester, damit niemand wegen Corona sein Studium abbrechen muss.
- Mit der Corona-Soforthilfe aus dem Frühjahr und der Corona-Überbrückungshilfe konnten und werden auch Einrichtungen der **Bildung, Kinder- und Jugendhilfe**, Weiterbildung und dem Sport unterstützt, damit die Infrastruktur in diesem Bereich erhalten bleibt. Bisher sind 3,2 Mio. Euro Soforthilfe beziehungsweise 930.000 Euro Überbrückungshilfe ausgezahlt worden.
- Gemeinsam wurde in einem schnellen, intensiven und wichtigen Kraftakt die Mobilität im **ÖPNV** während der Pandemie sichergestellt. Der Bund hat dafür 2,5 Mrd. Euro für alle Bundesländer zur Verfügung gestellt. Der genaue Anteil für Brandenburg lässt sich noch nicht beziffern. Die Landesregierung hat den Anteil für die Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV kofinanziert.
- Zur besseren Eindämmung des Corona-Infektionsgeschehens in den sensiblen Bereichen

wurde eine **Testphase für die Bereiche Pflege, Schule und Kitas** umgesetzt.

- Besonders während der Pandemie werden mehr Menschen Opfer häuslicher Gewalt. Die Finanzierung der kommunalen Frauenhäuser ist durch einen Landeszuschuss gesichert, damit **Frauen Schutz vor Gewalt** erhalten. Die **Kinderschutz-Kampagne #wirhoerendirzu** ist unter Einbeziehung der Jugendämter erfolgreich gestartet. Sie dient der Sensibilisierung aller für die schwierige Situation von Kindern während eines Lockdowns.
- Die Krisen- und Beratungsteams des Landes unterstützen Pflegeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende hinsichtlich des Schutzes von Beschäftigten und den zu Betreuenden vor **COVID-19**.
- Die Pandemie war und ist auch eine Herausforderung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren **polnischen Partnern**. In vielen Gesprächen und über vertrauensvolle Kontakte ist es gelungen, flexible Regelungen zu schaffen, die für das grenzüberschreitende Wirtschafts- und Alltagsleben entscheidend sind. Zügig konnte beispielsweise mit der Einrichtung der vom Land mit 11,5 Mio. Euro finanzierten „Pendlerpauschale“ die Präsenz von polnischen Fach- und Arbeitskräften

in Brandenburg gesichert werden. Und In der aktuellen Phase der Pandemie konnte durch großzügige Ausnahmeregelungen im Rahmen des „kleinen Grenzverkehrs“ das gewohnte Alltags- und Berufsleben in der brandenburgisch-polnischen Grenzregion sogar weitgehend beibehalten werden.



*Masken mit Botschaft: Werbung für Brandenburgs Naturlandschaften*

Die Pandemie hat das Land Brandenburg in 2020 bislang nicht so hart getroffen wie andere Regionen in Deutschland. Auch der Arbeitsmarkt ist bisher robust. Das Land, die Landkreise und Kommunen haben gemeinsam und in enger Abstimmung die richtigen Weichen gestellt. Vor allem aber haben sich die allermeisten Bürgerinnen und Bürger angemessen und solidarisch verhalten, um den Verlauf der Pandemie unter Kontrolle zu halten. Brandenburg hält in der Corona-Krise zusammen.

## II. 2 Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse

Nach 30 Jahren deutscher Einheit präsentiert sich Brandenburg vielfältig und modern. Das ganze Land mit seinen unterschiedlichen Bedürfnissen zu entwickeln, bleibt das Ziel der Landesregierung. Eine enge Kooperation mit Berlin und der Regionen untereinander ist dabei wichtig.

- Zwei Bundesländer, eine Region: **Berlin und Brandenburg** sind schon jetzt in vielfältiger Weise miteinander verwoben. Um dieses Zusammenwachsen weiter zu fördern, wurde der Startschuss zur Entwicklung eines „**Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion**“ mit Berlin gegeben. Am 23. Juni 2020 wurde ein gemeinsamer Konzeptentwurf vorgelegt. Wesentliche Handlungsfelder und Schlüsselvorhaben sind definiert, die vorangetrieben und umgesetzt werden sollten. Dazu gehören der Wohnungsbau, die Schieneninfrastruktur, die Abstimmung in der Industrie und Fachkräftepolitik und die Zusammenarbeit im Bereich Digitalisierung. Im weiteren Prozess werden auch die kommunalen Spitzenverbände, gesellschaftliche Gruppen und die Öffentlichkeit einbezogen.



- Die brandenburgischen Kommunen im Berliner Umland und die Berliner Außenbezirke arbeiten bereits sehr gut zusammen. Das zeigen auch die in diesem Jahr weiter vorangebrachten drei Projekte zur **übergemeindlichen Zusammenarbeit** zwischen Potsdam-Mittelmark, Ludwigsfelde und Großbeeren sowie Märkisch-Oderland jeweils mit den Bezirken Zehlendorf-Steglitz, Tempelhof-Schöneberg und Marzahn-Hellersdorf und den in die Projekte jeweils eingebundenen Kommunen.
- Mit dem Ende der laufenden EU-Förderperiode wurden die Gespräche über die **Gemeinsame**

**Europäische Agrarpolitik (GAP)** nach 2020 intensiviert. Auf EU-Ebene verhandeln derzeit die EU-Kommission, der Agrarrat und das Europäische Parlament über den Europäischen Rechtsrahmen. Parallel läuft die Vorbereitung zur nationalen Ausgestaltung. Für Brandenburg ist eine gute finanzielle Ausstattung entscheidend, um die im Koalitionsvertrag gesetzten Ziele erreichen zu können. Dazu gehören der umwelt-, klima- und tiergerechte Umbau sowie die Honorierung von Leistungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt.



- Die **i2030-Projekte** zum ÖPNV konnten in diesem Jahr deutlich vorangebracht werden. Mit Finanzierungsvereinbarungen wurden die Planungen für die S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf mit rund 16,3 Mio. Euro und für die Strecke Berlin-Spandau-Nauen mit rund 23,3 Mio. Euro sichergestellt. Außerdem wurde mit der Finanzierung von 3,2 Mio. Euro die 1. Ausbaustufe zu Bahnsteigverlängerungen auf der RE1-Strecke auf den Weg gebracht. Noch in diesem Jahr erfolgt der Spatenstich für die Heidekrautbahn.



- Um in allen Regionen Brandenburgs **attraktive Mobilität** zu sichern, sind inzwischen 31 **Plus-Bus**-Linien im ganzen Land unterwegs. Allein seit Beginn der Legislatur kamen 6 neue Linien hinzu. Damit ist die Landesregierung dem Ziel des Koalitionsvertrags, die PlusBus-Linien zu verdoppeln, einen großen Schritt näher gekommen. Außerdem fördert das Land Brandenburg mit der Richtlinie „InnoMob“ neue **innovative Mobilitätsangebote** zur Ergänzung des bestehenden Linienverkehrs im ÖPNV. Gefördert werden Modellprojekte, die zur Verdichtung bzw. zur Verbesserung von Verkehrsangeboten im ÖPNV beitragen und somit – insbesondere auch im ländlichen Raum – die Mobilität der Menschen erhöhen.
- Schwerpunkte bei der Verbesserung des leistungsfähigen **Straßen- und Radwegenetzes** sind die Beseitigung von Alkali-Kiesel-Säure-Reaktion („Betonkrebs“), die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Ortsdurchfahrten, die Stärkung der Radwegeinfrastruktur sowie die Erhaltung von Brückenbauwerken. Insgesamt sind dafür bis Ende 2020 rd. 520 Mio. Euro vorgesehen. Zur Sicherung der Mobilität in allen Landesteilen werden im Jahr 2020 63 Straßenbaumaßnahmen auf insgesamt 140 km fertig gestellt – davon 10 an Autobahnen, 21 an Bundes- und 23 an Landesstraßen sowie neun Radwegemaßnahmen. Eine der wichtigsten beendeten Baumaßnahmen ist der Ausbau der A10 bei Michendorf.
- Mit Berlin wurde eine Absichtserklärung unterzeichnet, um den Ausbau von **Park-and-Ride- und Radabstellanlagen** an Brandenburger Bahnhöfen voranzutreiben. Damit soll die Nutzung des ÖPNV erhöht werden.
- Die brandenburgischen Städte spielen bei der Landesentwicklung und dem sozialen Zusammenhalt eine wesentliche Rolle. Deshalb wurde im ersten Regierungsjahr die Strategie **„Stadt für alle“** gestartet. Mit der neuen Landesinitiative „Meine Stadt der Zukunft“ werden die brandenburgischen Städte bei Zukunftsthemen unterstützt: Digitalisierung, Klimaschutz, Stärkung der Innenstädte, Mobilität. Ziel ist, mindestens vier Modellstädte zu fördern. Eine Aufstockung wird derzeit beraten. Die teilnehmenden Städte erhalten dabei in den Jahren 2021 und 2022 einen Zuschuss in Höhe von bis zu 100.000 Euro.
- Die Mittel für die **Wohnraumförderung** wurden auf 175 Mio. Euro erhöht. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Brennpunkt der Wohnungsnachfrage und der Stadtentwicklung in den strukturschwächeren Regionen. Mit dem Bündnis für Wohnen wird dabei mit allen wichtigen Akteuren wie der Bau-, Immobilien-Wohnungswirtschaft sowie den Kommunen eng zusammengearbeitet. Der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, das Bündnis für Wohnen fortzusetzen, ist damit zeitnah umgesetzt worden.
- Die **Städtebauförderung** ist ein wichtiger Baustein für eine gute Entwicklung der Städte. Das Programm wurde in eine neue Struktur überführt. Die Bundesmittel werden in voller Höhe kofinanziert. So erhielten im Jahr 2020 insgesamt 72 Städte zusätzliche Fördermittel von fast 100 Mio. Euro. Unter anderem wurde das neue Rathaus in Bernau, das alle Angebote an einem Ort bündelt, errichtet (gefördert mit 6,6 Mio. Euro aus dem Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren). Der Jugendclub Oase in Velten erhielt 785.000 Euro und für den Neubau der Kita „Spielspaß“, in Königs Wusterhausen wurden 1 Mio. Euro bewilligt.
- Zusätzlich wurde ein neues Landesprogramm aufgelegt, das die **Stadtentwicklung im ländlichen Raum** explizit stärkt. Mit diesem Programm sollen gezielt kleinere Städte und ländliche Hauptorte unterstützt werden, die von der Städtebauförderung bisher nur bedingt erfasst wurden. Denn genau diese Städte sind es, die als „Anker im Raum“ Aufgaben der Grundver-



Radland Brandenburg: Auf dem Elbdeich

sorgung übernehmen und einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Teilhabe und den Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit dem Programm werden Planungs- und Baumaßnahmen flankiert – beispielsweise kommunale und interkommunale Entwicklungskonzepte. Es können auch Straßen und Plätze neugestaltet, wertvolle Bausubstanz erhalten sowie - wo notwendig - leerstehende Gebäude abgerissen werden.



Beeskow

- Die **Änderung der Brandenburgischen Bauordnung** wurde von der Landesregierung auf den Weg gebracht. Es werden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um in Brandenburg einfacher, schneller und nachhaltiger bauen zu können. Die Bauordnung nimmt dabei aktuelle Erfordernisse auf. Dazu gehören erweiterte Möglichkeiten für das innovative Bauen mit Holz, die Durchführung digitaler Baugenehmigungsverfahren und die genehmigungsfreie Errichtung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge. Das Gesetz wird voraussichtlich im Dezember vom Landtag beschlossen.
- Bei der flächendeckenden Versorgung mit **Glasfaser-Infrastruktur** konnten im ersten Regierungsjahr mit den Spatenstichen u. a. in den Landkreisen Havelland, Oberspreewald-Lausitz und Uckermark weitere Fortschritte erreicht werden. Damit werden die vor allem für die Entwicklung ländlicher Räume wesentlichen Voraussetzungen weiter ausgebaut. Allein im ersten Jahr der neuen Landesregierung wurden 16 endgültige und 4 vorläufige Zuwendungsbescheide zum geförderten Breitbandausbau erteilt – mit einer Förderung von 157 Mio. Euro durch das Land bei Gesamtkosten in Höhe von 466 Mio. Euro. Bis 2024/2025 sollen

die Ausbaumaßnahmen im Land Brandenburg abgeschlossen sein



- Dank der Zustimmung des Bundesrates zum Gesetzentwurf zur **Einführung der Grundrente** kann dieses sozialpolitisch wichtige Vorhaben jetzt umgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag wurde es ausdrücklich unterstützt. Das Gesetz wird zum 1. Januar 2021 in Kraft treten und damit deutschlandweit etwa 1,5 Mio. Menschen, und dabei vor allem Frauen mit Niedriglöhnen, besserstellen. Für viele Rentnerinnen und Rentner bedeutet dies etwas mehr finanzielle Sicherheit im Alter. In Brandenburg werden Schätzungen zufolge etwa 300.000 Frauen und Männer davon profitieren können.
- **Frankfurt (Oder)** konnte beim Bund als **brandenburgischer BStU-Standort** gesichert werden. Zusätzlich gibt es die zustimmende Aussage des Bundes, in Cottbus eine Außenstelle des Archivs zu schaffen und damit eine weitere BStU-Stelle in Brandenburg anzusiedeln. Das bietet die Möglichkeit für die Weiterentwicklung der regionalen Verankerung der Erinnerungs- und Aufarbeitungsarbeit sowie einer verstärkten Bildungsarbeit in Cottbus auf diesem Gebiet.
- Gute Argumente hat das Auswärtige Amt bewegt, sein **Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten** mit über 200 Arbeitsplätzen in Brandenburg an der Havel einzurichten.
- Mit der **EinheitsEXPO „30 Jahre – 30 Tage – 30 x Deutschland“** und dem Festakt am 3. Oktober hat Brandenburg den Corona-bedingten Einschränkungen getrotzt und auf eine innovative Art dafür gesorgt, den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit würdig und über einen längeren Zeitraum zu begehen. Sie bildeten zugleich den vielbeachteten Höhepunkt und

den Abschluss der **Bundesratspräsidentschaft Brandenburgs 2019/2020**.



EinheitsEXPO: Alter Markt mit Nikolaikirche

- Für die Schaffung **kultureller Ankerpunkte im ländlichen Raum** wurden jährlich 1 Mio. Euro ab 2021 in den Haushaltsentwurf eingestellt.
- Mit einem in diesem Jahr gestarteten digitalen Diskussions- und Dialogprozess werden unter Einbindung der polnischen Partnerwojewodschaften die Grundlagen geschaffen für ein Entwicklungskonzept für den brandenburgisch-polnischen Verflechtungsraum zur zukünftigen **Zusammenarbeit mit Polen**.
- Am 21. Juli 2020 haben sich die EU-Mitgliedstaaten auf einen EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre und auf ein Programm zum **Wiederaufbau Europas** nach der Pandemie in einem Umfang von 1,8 Billionen Euro geeinigt. Europa hat gezeigt, dass es fähig ist, angesichts einer historischen Herausforderung trotz aller Meinungsverschiedenheiten Einigkeit zu erzielen. Das ist auch für Brandenburg bedeutsam.
- Im Ergebnis des Gipfels wurden Entscheidungen zur **EU-Förderperiode 2021-2027** zugunsten der ostdeutschen Flächenländer getroffen. Unter anderem wurde das Sicherheitsnetz zur Begrenzung von Mittelverlusten gegenüber der letzten Förderperiode aufgenommen und eine Sonderzahlung für ostdeutsche

Übergangsregionen in Höhe von 650 Mio. Euro beschlossen, von denen auch Brandenburg profitieren wird. Dieses insgesamt tragfähige Ergebnis ist auch der kontinuierlichen Interessenvertretung Brandenburgs und der übrigen ostdeutschen Länder gegenüber dem Bund und der EU zu verdanken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Brandenburg noch vor gut 10 Jahren davon ausgehen musste, dass es ab 2021 möglicherweise gar keine EU-Förderung mehr für die ostdeutschen Bundesländer geben könnte.

- Es ist gelungen, der Forderung nach **mehr Ostdeutschen in Führungspositionen** nachzukommen. Mit der Wahl von Prof. Dr. Ines Härtel als neuer Richterin am Bundesverfassungsgericht im Juli und der im September erfolgten Ernennung von Prof. Dr. Gesine Grande zur Präsidentin der BTU Cottbus-Senftenberg sowie der Ernennung von Iris Lübke zur Präsidentin des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit sind drei ostdeutsche Frauen in Führungspositionen vorgerückt. Zum ersten Mal wurden damit ein Richteramt am Verfassungsgericht mit einer Richterin ostdeutscher Herkunft und das Präsidentenamt einer deutschen Universität mit einer ostdeutschen Frau besetzt.



Aus Brandenburg nach Karlsruhe: Bundesverfassungsrichterin Dr. Ines Härtel

## II. 3 Starker Staat und soziale Sicherheit

Im ersten Regierungsjahr haben wir viel dafür getan, die innere, soziale und wirtschaftliche Sicherheit in Brandenburg weiter auszubauen. Neben dem klaren Profil bei der Stärkung des Rechtsstaats sind Bildung und Gesundheit für uns zentrale Säulen der sozialen Sicherheit.

- Im ersten Jahr dieser Legislaturperiode konnten bereits 98 **Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** sowie 138 weitere Beschäftigte für die Justiz neu eingestellt werden. Diese deutliche und dringend erforderliche personelle Stärkung war möglich, da 109 zusätzliche Stellen für Gerichte und Staatsanwaltschaften in den Nachtragshaushalt 2020 aufgenommen wurden und auch bisher unbesetzte Stellen besetzt werden konnten. Weitere Neubesetzungen folgen laufend.
- 8 herausgehobene freie Positionen in **Gerichts- und Behördenleitungen** konnten besetzt werden (Generalstaatsanwalt, Präsidentinnen und Präsidenten aller vier Landgerichte, Leitende Oberstaatsanwältin in Neuruppin, Präsidenten des Sozialgerichts Neuruppin und des Verwaltungsgerichts Frankfurt (Oder)).
- Mit der am 15. Juli 2020 in Potsdam eingerichteten „Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der **schweren Wirtschafts- und Umweltkriminalität**“ nimmt das Land Brandenburg bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Strafverfolgung schwerer Umweltkriminalität ein.
- Für den Brandenburger Justizvollzug wurde erstmals ein umfassendes **Sicherheitskonzept** erstellt. Es enthält Regelungen für die bauliche, technische und strukturelle Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten
- Brandenburg stärkt damit weiter den Rechtsstaat. Hierzu gehört auch die Einrichtung der **Task Force zur Abschiebung** von Straftäterinnen und Straftätern in ihre Herkunftsländer. Sie unterstützt die kommunalen Ausländerbehörden auf diesem Gebiet. Mit der Bearbeitung von Einzelfällen konnte in diesem Jahr begonnen werden.
- Ein wichtiges Instrument zur Stärkung des Rechtsstaates und zum Schutz der Demokratie ist ein **Maßnahmenplan gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität**. Er dient dazu, Radikalisierungstendenzen und terroristische Absichten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Auch gegen Hass im Netz gehen die brandenburgischen Sicherheitsbehörden verstärkt vor.
- Jährlich sollen 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Im Haushalt wurden die Grundlagen für den **Stellenaufwuchs bei der Polizei auf 8.500** bis 2024 gelegt. Durch Pilotprojekte zur Einführung von Bodycam und Taser wird der Eigenschutz der Polizistinnen und Polizisten verbessert. Mit der deutsch-polnischen Polizeistation in Guben (Gubin) wird die Zusammenarbeit mit Brandenburgs Nachbarland Polen im Bereich der Strafverfolgung gestärkt.
- Mit der Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpaketes sind wesentliche Meilensteine zur datenschutzkonformen Anwendung des **automatischen Kennzeichenerfassungssystems KESY** erreicht worden.
- Für die **Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes** hat das Land die Kommunen mit mehr als 11 Mio. Euro unterstützt. Damit können sie kurzfristig 46 moderne Einsatzfahrzeuge beschaffen. Der Schutz der Bevölke-



rung hängt in Brandenburg nicht von der Finanzkraft der jeweiligen Kommune ab. Damit Menschen in Not künftig schneller geholfen werden kann, wurde eine **App für Ersthelfende** und eine Karte für Hilfeleistende eingeführt.



- Trotz angespannter Haushaltslage wurde der **Pakt für Pflege** in allen Säulen auf den Weg gebracht. Dafür sind jährlich 22 Mio. Euro vorgesehen. Die Förderung der „Fachstelle Altern und Pflege im Quartier“ wird fortgesetzt. Zudem wurden alle Voraussetzungen geschaffen, um im nächsten Jahr den Auf- und Ausbau der Pflegestützpunkte fördern zu können. Im April startete die generalistische Pflegeausbildung, mit der der Pflegeberuf jetzt noch mehr Einsatz- und Aufstiegsmöglichkeiten bietet.
- Die Investitionsförderung der **Krankenhäuser** wurde auf 110 Mio. Euro erhöht. Mit hohen Millionenbeträgen wird die Förderung des Bundes kofinanziert. Damit ist weiterhin eine gute Gesundheitsversorgung in allen Teilen des Landes gewährleistet.
- Es wurde ein **Landesaufnahmeprogramm** gestartet, damit jährlich 200 Geflüchteten in Brandenburg Schutz geboten werden kann. Kinder mit ihren Kernfamilien aus dem Flüchtlingslager Moria wurden zusätzlich aufgenommen. Die Migrationssozialarbeit und die Integrationspauschalen, zwei wichtige Säulen für gelingende Integration, wurden trotz schwieriger Haushaltslage im Haushalt verankert.
- Gemeinsam mit dem Bund und den Kreisen geht das Land entschlossen gegen die seit September auch in Brandenburg aufgetretene **Afrikanische Schweinepest (ASP)** vor. Bis

Mitte November wurde ASP bei 153 Wildschweinen (Stand: 16.11.2020) im östlichen Brandenburg nachgewiesen. Sukzessive soll das gesamte betroffene Gebiet wildschweinfrei werden. In Abstimmung mit den Kreisen und Kommunen koordiniert das Landeskrisenzentrum und der Krisenstab u. a. die Einzäunung der Kernzonen, richtet weiße Zonen ein und steuert die intensive Fallwildsuche. Dafür sind 7 Mio. Euro aus Landesmitteln vorgesehen. Zur Unterstützung durch Bund und EU werden Gespräche geführt. Die betroffenen Landwirte erhalten Hilfe vom Land. Oberstes Gebot ist, die Hausschweinbestände zu schützen.



Wildschutzzaun bei Eisenhüttenstadt

- Transporte von Tieren über tausende Kilometer jenseits der EU-Grenzen erzeugt oft großes Leid. Das Tierleid muss auf solchen Transporten verringert werden und, wo möglich, sollen Tiertransporte verzichtbar gemacht werden. Deshalb haben wir **strengere Regelungen bei Tiertransporten** durchgesetzt.
- Gemeinsam, nicht einsam: **Mehrgenerationenhäuser** sind Begegnungsorte, an denen das Miteinander der Generationen aktiv gelebt wird. Sie stehen allen Menschen offen – unabhängig von Alter oder Herkunft: Jüngere helfen Älteren und umgekehrt. Die 36 Mehrgenerationenhäuser im Land werden unterstützt. Außerdem fördert das Sozialministerium die Familienzentren an 32 der insgesamt 36 Mehrgenerationenhäuser.
- Um regelmäßig für Verbraucherinnen und Verbraucher im ländlichen Raum persönlich erreichbar zu sein, wurde die Institutionalisierung des **DigiMobils** gestartet. Es tourt im Norden

Brandenburgs und klärt zum Verbraucherschutz auf. Eine Ausweitung auf weitere Regionen ist angestrebt

- **1.608 Lehrerinnen und Lehrer** – so viel wie nie zuvor - sowie sonstiges pädagogisches Personal konnte unbefristet in den Brandenburger Schuldienst eingestellt werden, darunter 506 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.
- Für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer wurden **zusätzliche universitäre Angebote** geschaffen. Seit dem Wintersemester 2020/2021 komplettieren Förderpädagogik, Mathematik und Physik im innovativen Fächerverbund sowie Kunst das Lehrangebot in den Lehramtsstudiengängen an der Universität Potsdam.
- Um den **Ausbau von Ganztagsangeboten** zu beschleunigen wurde die Bund-Länder-Vereinbarung unterzeichnet. Damit stehen Brandenburg 22,6 Mio. Euro zur Verfügung, um neue Ganztagsbetreuungsangebote zu schaffen und die bestehenden Angebote qualitativ zu verbessern, wenn alle Länder die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterzeichnet haben.
- Die Pilotierung für die im nächsten Jahr für alle Schulen zur Verfügung stehende **Schul-Cloud** wurde in diesem Jahr auf rund 500 Schulen ausgeweitet.
- Im Rahmen der diversen Teilbereiche des **DigitalPaktes Schule** konnte die digitale Lernumgebung an den Schulen weiter ausgebaut werden. Mit dem 1. Fachtag zum Lernen mit Digitalen Medien am 6. Juni 2020 und dem im Herbst erfolgten Erlass der Förderrichtlinie für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten wurden weitere Schritte gemacht.
- Die Landesregierung hat eine weitere **Qualitätsverbesserung im Bereich Kindergarten** auf den Weg gebracht. Seit 1. August 2020 hat sich die Zahl der von einer Erzieherin bzw. einem Erzieher zu betreuenden Kinder rechnerisch von 11 auf 10 im Kindergartenalter (3 bis 6 Jahre) verringert. Die Kita-Rechtsreform wurde unter großer Beteiligung aller Akteure

auf den Weg gebracht. Mit ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppen ist im 1. Quartal 2021 zu rechnen.



- Die Koalition hat den **Grundhaushalt der Hochschulen um jährlich 5 Mio. Euro** erhöht und die Sonderförderung der BTU Cottbus Senftenberg im Haushalt verankert.
- Die 3 neuen **Präsenzstellen** der Hochschulen in Velten, Finsterwalde und Fürstenwalde binden Nicht-Hochschulstandorte in die Landesentwicklung ein und sichern den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft.
- Gemeinsam mit Sachsen wurde das länderübergreifende **Lausitzfestival** auf die Beine gestellt. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Strukturentwicklung der Region, bei der es neben Infrastruktur und Industriearbeitsplätzen auch um Standortfaktoren wie kulturelle Strahlkraft und hohe Lebensqualität geht.
- Die **Anpassung des Brandenburgischen Vergabegesetzes** und damit u. a. die Verankerung eines Vergabemindestlohnes von 13,00 Euro pro Stunde bei öffentlichen Vergabeverfahren will die Landesregierung verabschieden und in das parlamentarische Verfahren geben. Brandenburg läge damit auch weiterhin deutlich über dem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von derzeit 9,35 Euro.
- Zur Steigerung der **Attraktivität des öffentlichen Dienstes** und zur Gewinnung qualifizierter Fachkräfte wurden wichtige Maßnahmen eingeleitet. Dazu gehört der Start des Studiengangs Kriminalistik sowie das zentrale Karriereportal über Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie offene Stellen im öffentlichen

Dienst. Die technische Möglichkeit für Home-office wurde für zahlreiche Arbeitsplätze in der Landesverwaltung ausgeweitet.

- Seit Juni hat Brandenburg - neben den anderen unabhängigen Beauftragten - erstmals einen **Landesseniorenbeauftragten**, der an der

Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Seniorinnen und Senioren im Land wirkt, damit ein aktives und selbstbestimmtes Älterwerden in Brandenburg gesichert ist.

## II. 4 Nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und Strukturentwicklung

**Gemeinsam ist es gelungen, die Grundpfeiler dafür zu schaffen, dass sich Brandenburg als Gewinner- und Zukunftsregion der 20er Jahre des 21. Jahrhunderts aufstellen kann. Ein innovativer Standort, an dem Nachhaltigkeit und Industrie, Klimaschutz und Wachstum zusammenpassen.**

- Der zu Beginn der Legislatur eingerichtete **Zukunftsinvestitionsfonds** in Höhe von 1 Milliarde Euro über 10 Jahre wird bereits in hohem Maße in Anspruch genommen. Bereits im ersten Jahr wurden Vorhaben im Umfang von mehr als 40 Mio. Euro angestoßen. Insgesamt sind bereits jetzt Vorhaben für einen hohen dreistelligen Millionenbetrag in den Jahren der Laufzeit des Fonds geplant. Das belegt die Zweckmäßigkeit dieses neuen zukunftsorientierten Gestaltungsinstruments.
- Mit dem am 8. September 2020 beschlossenen Regierungsentwurf zum **Haushalt 2021** mit einem Volumen von rund 15 Mrd. Euro soll den Folgen der Corona-Pandemie wirksam begegnet und zugleich das Land für die Zeit nach der Pandemie zukunftsfest gemacht werden. Mit dem Entwurf des Haushalts 2021 ist es gelungen, die begonnene Umsetzung der Zielsetzungen des Koalitionsvertrages in wesentlichen Punkten fortzusetzen und darüber hinaus weitere finanzpolitische Schwerpunkte zu setzen. Die Investitionsquote des Haushaltsentwurfs 2021 steigt deutlich von 11,1 Prozent im Jahr 2020 auf 13,3 Prozent im nächsten Jahr. Die Investitionsausgaben des Landes werden voraussichtlich bei knapp 1,9 Mrd. Euro liegen.
- Die Arbeiten am **Klimaplan für Brandenburg** haben begonnen. In ihm werden verbindliche Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion formuliert. Wichtige klimapolitische Maßnahmen sind neben der zwingend erforderlichen Reduktion von CO<sub>2</sub> in Industrie, Verkehr und Wärmegewinnung brandenburgische Spezifika wie der **Waldumbau** und der **Moorschutz**. Die Beratung für Waldbesitzer wurde verstärkt. In einer großen Waldkonferenz wurden mit allen Beteiligten konstruktiv gemeinschaftliche Lösungsansätze diskutiert.
- Die Nachhaltigkeitsplattform wird weitergeführt. Dieses Kommunikationsforum und Netzwerk ist wichtig für die Zusammenführung der vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen im Land. In diesem Jahr wird ein Nachhaltigkeitsbeirat bei der Staatskanzlei eingerichtet.
- Die vorgesehene Ansiedlung des US-amerikanischen Autokonzerns **TESLA** in Grünheide (Landkreis Oder-Spree) ist von herausragender Bedeutung für das Land Brandenburg. Mit so genannten vorzeitigen Maßnahmenbeginn konnten bereits erste Teile der Fabrik errichtet werden, die direkt am östlichen Berliner Autobahnring entsteht. In einer ersten Ausbaustufe sollen dort ab Sommer 2021 zukünftig bis zu 500.000 Fahrzeuge produziert und etwa 12.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Um das Projekt zum Erfolg zu führen und die Potenziale für Brandenburg optimal zu nutzen, arbeiten alle Beteiligten aus den verschiedensten Bereichen – von der Landesregierung, über Landesbehörden bis hin zu Landkreisen und Gemeinden – intensiv und konstruktiv zusammen. Dies betrifft nicht nur das derzeit laufende umweltrechtliche Genehmigungsverfahren, sondern auch Themen wie Verkehrsinfrastruktur und Wasserversorgung, bauleitplanerische Fragen sowie die Erarbeitung eines Konzepts zur Entwicklung des Umfelds. Das Umweltministerium hat die Arbeitsgemeinschaft „Wasserperspektiven östlich Berlin“ ins Leben gerufen und diskutiert dort mit Akteuren von Landes- und Kommunalebene Lösungen für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.



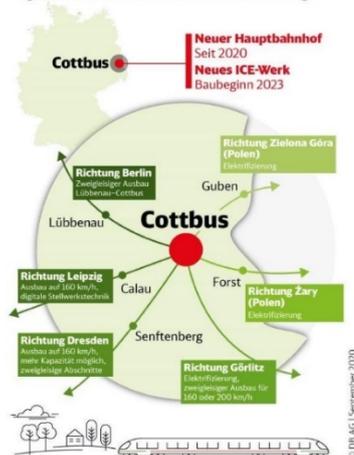
Baustelle für Tesla-Autofabrik in Grünheide (Mark)

- Im Jahr 2022 kommt ein weiteres Großprojekt hinzu: Das Land begleitet aktiv die Ansiedlung einer **BASF**-Produktionsstätte für Batterie-Kathodenmaterial in Schwarzheide. Im August 2020 konnte BASF die Fördermittelzusage gemacht werden, im November erfolgte der symbolische Spatenstich. Es entstehen rund 150 Arbeitsplätze. Dieses Projekt reiht sich ein in die Investitionen, die eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung zum Ziel haben.
- Zur **Strukturentwicklung der Lausitz** war die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zum Strukturstärkungsgesetz und zum Kohleausstiegsgesetz entscheidend, das am 3. Juli 2020 verabschiedet wurde. Für die Region stehen jetzt 10,3 Mrd. Euro zur Verfügung, die parallel zum sukzessiven Ausstieg aus der Braunkohle investiert werden. Dazu gehören Großprojekte wie der erhebliche Ausbau des Bahnwerks Cottbus mit rund 1.200 zusätzlichen Arbeitsplätzen, der Aufbau einer medizinischen Hochschulausbildung, der Bau von Schienen und Straßen, aber ebenso kleinteiligere Vorhaben, die aus der Region entwickelt werden. Die Förderrichtlinie dazu wird noch im November veröffentlicht. Das **Lausitzprogramm 2038** ist die Basis dafür, dass die Lausitz den Ausstieg aus der Braunkohleförderung gut meistern kann. Es geht darum, Klimaschutz und Wirtschaftsentwicklung zu verzahnen. Einen wichtigen Beitrag leisten dazu die dort ansässigen sowie im Aufbau befindlichen Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen.

- Im Rahmen der **Lausitz-Strukturentwicklung** werden seit 2019 in Cottbus zahlreiche **außer-universitäre Forschungseinrichtungen** aufgebaut. Dazu gehören mit den Instituten für CO<sub>2</sub>-arme Industrieprozesse und für emissionsarme Luftfahrtantriebe zwei Einrichtungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) - Das Fraunhofer-Institut ist in Cottbus mit dem Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie und dem Institutsteil Integrierte Siliziumsysteme vertreten. Aufgebaut wird auch der Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik Cottbus – iCampus.
- Diese neuen Forschungseinrichtungen sind von großer strategischer Bedeutung für das Land Brandenburg und tragen wesentlich zur Weiterentwicklung der Lausitz bei. Mit ihnen ist u. a. ein erhebliches Entwicklungspotenzial in der Nutzung von Strom aus **erneuerbaren Energien** mit deutlich höheren Wirkungsgraden auf Basis emissionsarmer Technologien verbunden.
- Um den in Brandenburg gewonnenen „grünen“ Strom auch hier einsetzen und den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren zu können, ist eine **Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** des Bundes erforderlich. Dazu hat Brandenburg zahlreiche Anregungen in die Bundesratsdebatte eingebracht, die von vielen Ländern mitgetragen werden, um dezentral erzeugte erneuerbare Energie dezentral nutzen zu können. Dies ist auch ein Wunsch vieler Unternehmen in Brandenburg, um der klimaneutralen Produktion näher zu kommen.

## Die Lausitz wird bestens vernetzt

Neue Schienenverkehrsprojekte verbinden Cottbus und die Lausitz mit den umliegenden Regionen und legen eine Basis für wirtschaftlichen Aufschwung.



Strukturstärkung: Ausbau der Bahnnetze



Solarpark Lieberose

- Am 15. Juni verständigten sich die ostdeutschen Kohleländer auf ein Eckpunktepapier zur Entwicklung einer regionalen **Wasserstoffwirtschaft**. Bis Mitte nächsten Jahres wird die Landesregierung einen Fahrplan erarbeiten,

der die konkreten Potenziale aufzeigt sowie Maßnahmen zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft beinhaltet.

- Der **Flughafen Berlin Brandenburg International** „Willy Brandt“ ist nach der am 29. April erfolgten Nutzungsfreigabe und mit der am 1. Oktober erteilten Betriebserlaubnis am 31. Oktober in Betrieb gegangen. Damit ist ein weiterer Wirtschaftsmotor in und für Brandenburg und die Hauptstadtregion insgesamt entstanden.



BER Hauptgebäude

- Zur Verbesserung der **digitalen Infrastruktur** wurden weitere Meilensteine erreicht. Allen Interessierten stehen sämtliche digitale Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung kostenfrei zur Verfügung. Gemeinsam mit Bodenrichtwerten und Grundstücksmarktberichten sind diese Daten gebündelt über das Internetportal „Geobroker“ abrufbar. Verwaltungsdienstleistungen werden weiter Schritt für Schritt digitalisiert und bringen den Bürgern zunehmenden Nutzen. Mit zusammen etwa 50.000 Euro werden die Gemeinden Schlieben, Kyritz und Gransee bei der Einführung der Smart Village App unterstützt. Die App ermöglicht es, dass den Bürgerinnen und Bürgern Verwaltungsdienstleistungen künftig digital angeboten werden können.
- Die **Arbeitslosenquote** ist im ersten Jahr der neuen Landesregierung mit 5,4 Prozent auf den zunächst niedrigsten Wert seit Gründung des Landes gefallen und trotz der Pandemie nur relativ gering angestiegen. Sie lag im Oktober 2020 bei 6,1 Prozent und damit inzwischen im bundesweiten Durchschnitt. In manchen Jahren zuvor hatten Brandenburgs höchste Quoten zu den höchsten in Deutsch-

land gehört. Gute Arbeit ist ein wichtiger Standortfaktor im Land Brandenburg, ebenso wie ein gut ausgebildetes Fachkräftepotenzial.

- Im Rahmen des bewährten **‘Bündnis für Gute Arbeit’**, das auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt wird, wurde der „Brandenburgische **Ausbildungskonsens**“ verlängert und um coronaspezifische Maßnahmen ergänzt. Es wird an der Zielzahl von 10.000 neuen Ausbildungsverhältnissen pro Jahr festgehalten, da dies den nach wie vor hohen Bedarf an Fachkräften der Brandenburger Wirtschaft widerspiegelt. Viele Brandenburger Unternehmen haben sich auch in der coronabedingt schwierigen Situation weiter engagiert und ihr Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten. Die Zahl der für das aktuelle Ausbildungsjahr gemeldeten Stellen ging nur leicht um 377 auf 13.755 zurück.
- Die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen wurden verbessert, unter anderem durch den Start der **Initiative Gründen in Brandenburg**.
- Zur Ausweitung des Anteils des **Ökolandbaus** startete das Land einen transparenten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Ökoaktionsplanes für Brandenburg. Die Umstellungsprämie für Gemüse und Dauerkulturen wurde – beginnend 2021 – angehoben und ein Kontrollkostenzuschuss für Bio-Betriebe eingeführt.



Bei Brodowin, Brandenburgs bekanntestem Ökodorf

- Zur Stärkung der regionalen Landwirtschaft und Eindämmung von Konzentrationsprozessen bei den Agrarflächen wurde mit Beteiligung der Verbände und der Öffentlichkeit der

Entwurf des **agrарstrukturellen Leitbilds** erarbeitet. Er soll noch in diesem Jahr dem Landtag vorgelegt werden.

- Der im Juli 2020 einberufene **Kulturlandschaftsbeirat** vereinigt Naturschützer und Landnutzer, die hier gemeinsame Positionen zu aktuellen Landwirtschaftsthemen entwickeln, unter anderem zur Niedrigwassersituation in Brandenburg und Photovoltaik-Freiflächenanlagen.
- Am 11. August hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes beschlossen und damit die Voraussetzungen für

die Ausweisung des **Grünen Bandes** entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Brandenburg als **Nationales Naturmonument** geschaffen.

- Um dem Verlust der Biodiversität entgegenzutreten wurde ein Maßnahmenprogramm Insektenschutz erarbeitet, das Grundlage für den Brandenburger **Aktionsplan Insektenschutz** ist.



---

## Impressum:

Herausgeber:  
Staatskanzlei des Landes Brandenburg  
Abteilung 3 / Kommunikation  
Heinrich-Mann-Allee 107 / 14473 Potsdam  
Telefon: 0331/866-0 / [poststelle@stk.brandenburg.de](mailto:poststelle@stk.brandenburg.de)  
[www.brandenburg.de](http://www.brandenburg.de) / Facebook: [unser.brandenburg](https://www.facebook.com/unser.brandenburg)  
V.I.S.D.P.: Regierungssprecher Florian Engels

Redaktion: Florian Engels, Eva Jobs, Simon Zunk

## Bildnachweise

Titelseite: Staatskanzlei / S. 2 Stephanie Hochberg / S. 3 Staatskanzlei / S. 4 picture alliance / S. 5 picture alliance / S. 6 Stephanie Hochberg / S. 7 l. picture alliance / S. 7 r. o. Pressestelle MdJEV / S. 7 r. u. Bartlomej Banaszak / S. 8 Stephanie Hochberg / S. 9 l. Pressestelle MIL / S. 9 r. fotolia.com, ThomBal / S. 10 l. Stephanie Hochberg / S. 10 r. Lisa Müller, Die Hoffotografen GmbH / S. 11 Polizei Brandenburg / 12 l. privat / S. 12 r. Stephanie Hochberg / S. 13 fotolia.com/highwaystarz / S. 15 picture alliance / S. 16 l. Deutsche Bahn / S. 16 r. Richard Kilche / S. 17 l. Stephanie Hochberg / S. 17 r. Ökodorf Brodowin / S. 18 stock.adobe.com